

## VORWORT

„Feministische Forderungen sind tragbar“ Das Titelblatt verweist auf den Frauen-Kunst- und Kulturbericht und ist gleichzeitig ein deutliches Zeichen einer neuen Wiener Kulturpolitik, die ich mich bemühe, seit meiner Amtsübernahme am 27. April 2001 umzusetzen.

Diese Kulturpolitik sollte gekennzeichnet sein durch einen Geist der Offenheit, der Erneuerung und des demokratischen Austausches.

Kulturpolitik sollte aber auch nicht nur – wie in den vergangenen Jahren – dem möglichst harmonischen Ausgleich widersprechender Interessen dienen, sondern auch gestalten und Visionen vermitteln. Dementsprechend wurde bereits eine grundlegende Änderung der Wiener Theaterlandschaft angegangen. Auch eine personelle Neugestaltung, wo sie möglich und sinnvoll ist, was unter anderem zur Folge hat, dass der Frauenanteil in Leitungsfunktionen signifikant erhöht werden konnte. Und auch nach der Eröffnung des Museumsquartiers darf die kulturelle Gestaltung der Stadt nicht zu einem Stillstand kommen, deshalb wurde das Projekt „Kunstplatz Karlsplatz“ in Angriff genommen.

Erneuerung, Öffnung und Chancengleichheit sind tragende Säulen einer zukunftsorientierten Kulturpolitik, die auch bedeuten, Chancengleichheit für Frauen im Kulturbetrieb zu schaffen, besonders innovative, junge Kunst zu fördern, die Kultur der unterschiedlichen Ethnien sichtbar machen und den öffentlichen Diskurs auch für kritische Themen zu ermöglichen.

Damit soll in einem Klima des Kleinmuts und der Rückwärtsgewandtheit, wie sie von einer Kulturpolitik der Bundesregierung ausgehen, die sich nach wie vor leider in massiven Budgetkürzungen niederschlägt, ein bewusster Kontrapunkt gesetzt werden.

Eine kulturpolitische Weichenstellung stellt der erstmals verfasste **Frauen-Kunst- und Kulturbericht** dar. Darin wird das Verhältnis der Geschlechter im Bereich Kunst, Kultur und Wissenschaft kritisch unter die Lupe genommen, indem die Lebenssituationen, Arbeitsbedingungen und Karrierechancen von Künstlerinnen untersucht wurden. Auf diesen Ergebnissen aufbauend sollen Maßnahmen gesetzt werden, um geschlechtsspezifische Defizite abzubauen und zu beseitigen.

Wenn man bedenkt, dass die „Gorilla Girls“ (amerikanische Künstlerinnen, mit Gorillamasken verkleidet) bereits Mitte der 80er Jahre mit ihren spektakulären Aktionen auf die Diskriminierung von Künstlerinnen in der Kunstszene aufmerksam gemacht haben, dann ist es höchst an der Zeit, dass sich die Kulturpolitik diesem wichtigen Thema zuwendet. Denn nach wie vor ist es eine der Hauptaufgaben einer offenen und modernen (Kultur-)Politik, Chancengleichheit herzustellen und Benachteiligten auszugleichen.

Diesem emanzipatorischen Anliegen entsprechend wurden im Jahr 2001 wichtige Funktionen im Theater-, Museums-, Wissenschafts- und Forschungsbereich mit Frauen besetzt: **72 Prozent** aller neuen Positionen werden von **Frauen** ausgefüllt, darunter die kaufmännische Leitung im Tanzquartier, im Theater an der Jugend und im Schauspielhaus; in das Kuratorium des Historischen Museums wurden mehrheitlich Frauen entsandt.

Ein wichtiger Grundstein kultureller Erneuerung der Stadt wurde mit dem **Museums-quartier** gesetzt, eines der größten und bedeutendsten Kulturviertel der Welt. Zahlreiche Institutionen der Stadt, wie das Tanzquartier, das Kindermuseum, das Architekturzentrum und die Kunsthalle, eröffnen unterschiedliche und lebendige Möglichkeiten, Kunst und Kultur zu erfahren.

Als Kontrapunkt wird der **Karlsplatz** verstärkt ins Blickfeld gerückt, derzeit hauptsächlich als unübersichtlicher Verkehrsknotenpunkt wahrgenommen. Die Umgestaltung des Historischen Museums zu einem modernen, dem 21. Jahrhundert gerecht werdenden Stadtmuseum bedeutet für den gesamten Karlsplatz mit seinen verschiedenen kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eine **Jahrhundertchance**, die sich eine verantwortungsvolle und visionäre Kulturpolitik nicht entgehen lassen darf. Wenn es gelingt, diese Institutionen zu einem homogenen Ensemble zusammenzuführen, dessen Zusammenspiel in einem intensiven Austausch untereinander sowie in einer konturierten Eigenständigkeit besteht, dann könnte mit dem „Kunstplatz Karlsplatz“ ein Magnetfeld für moderne Kunst entstehen. Ein erster Schritt in diese Richtung stellt der **project space** dar, ein luftig transparenter Pavillon für Experimente und Medienprojektionen.

Bei den Angelegenheiten der **Restitution** arbeiten Historisches Museum, Archiv und Bibliothek der Stadt und des Landes Wien eng zusammen. Seit 1998 werden Kunst- und Kulturobjekte systematisch auf ihre Herkunft untersucht. Der im Jahr 2001 präsentierte Restitutionsbericht, erstmals einstimmig durch den Wiener Gemeinderat beschlossen, steht seit dem Frühjahr 2002 als Buch (sowie im Internet) auch einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Unter den zahlreichen Objekten, die bereits restituiert wurden, befand sich der wertvolle **Meisner-Strauß-Nachlass**, dessen Kauf die Stadt Ende des Jahres 2001 nach engagierten Verhandlungen mit den Erben erfolgreich abschließen konnte.

In der Rückgabe von unrechtmäßigen und bedenklichen Erwerbungen an die Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger zeigt sich der **Umgang der Stadt mit der Vergangenheit** – es ist ein kritischer, selbstreflexiver und differenzierter Umgang mit der eigenen Geschichte, der eigenen Kulturgeschichte.

In die gleiche Richtung zielt die **Plattform Dialog.Diskussion.Demokratie**; sie soll in den nächsten Jahren mit Vorträgen und Kongressen sowie mit wissenschaftlichen und künstlerischen Projekten zu kontroversen Themen den kritischen Diskurs stärken. Denn Widersprüche können nicht einfach verwaltet werden, sie müssen politisch ausgetragen werden.

Unter diesen Vorzeichen stellte es geradezu eine moralische Verpflichtung dar, die überarbeitete **Wehrmachtsausstellung** nach Wien zu holen. Bei der Darstellung der – umstrittenen – Rolle der Wehrmacht geht es nicht um eine Schwarz-Weiß-Malerei und auch nicht um ein pauschales Aburteilen. Es geht vielmehr darum, eine differenzierte Betrachtungsweise und offene Auseinandersetzung zu ermöglichen! Verschiedene Vermittlungsangebote sollten dabei helfen, etwa ein Dialog zwischen den Generationen.

Einen Markstein in der Geschichte des **Stadt- und Landesarchivs** bildet der Einzug in die neuen, modernen und großzügig ausgestatteten Räumlichkeiten im Gasometer „D“, der im Herbst erfolgreich abgeschlossen wurde. Die geräumige und „würdige“ Unterkunft ist auch Ausdruck der hohen Bedeutung, die dem „Gedächtnis der Stadt und der Stadtverwaltung“ beigemessen wird.

Eine andere Form von Gedächtnis, ein architektonisches Gedächtnis, ist das Historische Zentrum Wiens. Im Vorjahr wurde es von der UNESCO auf die Liste des **Weltkulturerbes** gesetzt. Diese angesehene Auszeichnung verpflichtet die Stadt, ihrem kulturellen Erbe auch weiterhin große Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Mit dem Antritt der neuen Stadtregierung am 27. April 2001 wurde der Bereich **Wissenschaft** dem Kulturressort zugeordnet. Das Ziel der Wissenschafts- und Forschungsförderung besteht darin, Wien – nicht zuletzt im Hinblick auf die internationale Städtekonkurrenz – als Wissenschafts- und Kulturreflexionsstadt zu positionieren. Im Jahr 2001 wurden zahlreiche Schritte gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen; von der Planung und Durchführung von drei Wien-Akademien bis zur Veranstaltung von insgesamt 45 Wiener Vorlesungen, die ein breites Spektrum wissenschaftlicher und kultureller Reflexionsarbeit geleistet haben. Es wurden Grenzbereiche zwischen Kunst, Wissenschaft und Gesellschaftspolitik behandelt und unkonventionelle und kritische Sichtweisen eingebracht. Damit ist eine zentrale Aufgabe der Kultur- und Wissenschaftspolitik erfüllt, nämlich durch Organisation von Kommunikationsprozessen steuernd die Entwicklung der Gesellschaft mit zu gestalten.

Die Kultur der Zuwanderer wird als Teil des Reichtums dieser Stadt begriffen. Die Förderung von **interkulturellen Projekten** zielt darauf ab, Ressentiments gegen das Fremde abzubauen, was in einer Zeit europaweit aufflackernder fremdenfeindlicher Tendenzen zunehmend wichtig wird.

Als unverzichtbare Alternative zur sogenannten Hochkultur sichert **Bezirkskultur** die kulturelle Nahversorgung fernab der großen Häuser im Zentrum der Stadt. Diesem Gedanken Rechnung tragend wurde das Bezirksbudget aufgestockt, die Theatertournee in den Bezirken finanziell gerettet und die **Bezirksmuseen** als Orte regionaler Erinnerungskultur auf eine solide Basis gestellt.

Die **restriktive Kulturpolitik des Bundes** hat dem Wiener Kultur- und Geistesleben **großen Schaden** zugefügt und dem Wiener Kulturbudget außergewöhnlich hohe Belastungen „zugemutet“. Vor allem kritische und unbequeme Initiativen waren und sind von den phantasielosen Sparmaßnahmen in ihrer Existenz bedroht.

Durch enorme Anstrengungen und besondere finanzielle Zuwendungen ist der **Stadt** die **Rettung wichtiger Institutionen und Vereine** gelungen – public netbase, Filmmuseum, Künstlerhaus, Rabenhof, kosmos.frauenraum und andere konnten so vor dem definitiven Ende vorerst bewahrt werden.

Das Abschieben kulturpolitischer Verantwortung vom Bund zum Land Wien kann jedoch keinesfalls akzeptiert werden! Die Bundesregierung ist daran zu erinnern, dass sie ihre kulturpolitische Verantwortung in Zukunft wieder wahrzunehmen hat – insbesondere in der Bundeshauptstadt und in jenen Bereichen, aus denen sie sich verabschiedet hat. Von den Kürzungen im Theaterbereich etwa sind alle (!) Theaterhäuser betroffen; deren künstlerische Vielfalt wird dadurch stark eingeschränkt, à la longue ist auch der Spielbetrieb gefährdet.

**Kultur ist ein öffentliches Anliegen**, so wie etwa Leistungen des Sozial- und Gesundheitsbereiches, der Straßenbau und Brückenbau. Diesem Bekenntnis trägt die Stadt Wien Rechnung: Mit 173.256.000 Euro für das Jahr 2002 verfügt Wien über das **höchste Kulturbudget in seiner Geschichte**. Das beweist auch den hohen Stellenwert, den die Stadt ihrer Kultur einräumt.

Dass jeder Euro gut, verantwortungsvoll und nachhaltig angelegt wird, zeigt ein Blick auf einige exemplarisch herausgegriffene Vorhaben des kommenden Jahres, etwa die „Metamorphose“ des Historischen Museums, die in die nächste Runde geht, der Bau des **Kindertheaters** und die bereits beschlossene **Kinoförderung**, die sich in den nächsten drei Jahren zu Buche schlagen wird. Gefördert werden anspruchsvolle Programme sowie notwendige Investitionen; durch genaue Vergabekriterien sollen vor allem kleine und mittlere Kinos in den Genuss der Kinoförderung kommen.

Politik heißt, Verantwortung übernehmen – Verantwortung für die Entfaltung und Entwicklung einer Stadt, eines Landes; Verantwortung für das Lebensgefühl und Wohlergehen der Bevölkerung; im Falle der Kulturpolitik auch Verantwortung für den Spielraum, der Kunstschaffenden zugestanden wird.

Dass Wien den richtigen Weg eingeschlagen hat, belegt eine internationale Studie, die die Lebensbedingungen von mehr als 250 Städten weltweit untersucht. Wien nimmt in diesem Ranking den zweiten Platz ein, weit vor den Megacities Paris, London und New York!

Politik und somit auch Kulturpolitik bedeutet aber nicht nur ein hohes Maß an Verantwortung, sondern bringt auch **viele Chancen** mit sich; Chancen, dort gestaltend und steuernd einzugreifen, wo es notwendig erscheint. Diese Chancen zu nützen, um die Position Wiens als **europäische Kulturmetropole** und als Plattform für eine **zukunftsorientierte und weltoffene Kulturpolitik** zu stärken, ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre.

Dr. Andreas Mailath-Pokorny